

Eine andere Außenpolitik ist möglich – und nötig

Jürgen Trittin

Der Sieg des Trumpismus in den USA, die Mehrheit für den Brexit in Großbritannien – diese Entwicklungen sind Ausdruck von Wut und Verbitterung über die gebrochenen Versprechen der Globalisierung. Die Menschen sind frustriert von einer Finanzkrise, die vielen Arbeit und Haus nahm, und versprechen sich vom Nationalstaat Schutz vor der Globalisierung. Es sind nicht die Prekarisierten, die Trump stark machten, sondern jene, die Angst haben, eigene Vorteile zu verlieren. Sie suchen Ventile in der Hetze gegen „Andere“. Europas Konservative haben die Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise umgelogen. Sie haben „faule“ Griechen oder polnische Handwerker zu Sündenböcken erklärt und damit zum Aufstieg der Rechtspopulisten beigetragen. Die USA unter Trump und Großbritannien setzen auf Abschottung, Deregulierung und Steuerdumping. Sie wollen das radikalisieren, was in die Krise geführt hat, und versprechen ihrer Wählerschaft, dass sie dabei zu den Gewinnern gehört. Das verändert die internationale Architektur. Regulierung oder Deregulierung wird zum Kampftema. Um gegenzuhalten, um ein „race to the bottom“ zu vermeiden, braucht es ein starkes Europa. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung Schritte zu mehr Zusammenhalt in Europa gebremst und blockiert, etwa eine Bankenunion oder ein europäisches Investitionsprogramm. Mit Verweis auf Griechenland vergemeinschaftete Merkel die Politik der Austerität in Europa. Der erste Angriff auf eine immer engere Union war nicht der Brexit, sondern der von der Merkel-Regierung versuchte Grexit.

Es droht eine Spaltung der EU zwischen den Nettoexporteuren und -importeuren. Ökonomisch weist Deutschland Vorschläge der EU-Kommission und der OECD zur Minderung seiner Exportüberschüsse in der Eurozone zurück. Politisch wächst bei den Nettoexporteuren der Rechtspopulismus, während sich im Süden Europas neue, partizipative Bewegungen bilden. Sollte es im kommenden halben Jahr weder zum Nexit noch zum Frexit nach den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich kommen, ist die Bundestagswahl von entscheidender Bedeutung. Es liegt in der historischen Verantwortung Deutschlands, eine gemeinschaftliche und regulierende Politik innerhalb der EU voranzubringen. Dafür ist ein Politikwechsel in Deutschland nötig, für den Sozialdemokraten, Grüne und die Linkspartei Verantwortung tragen. Wer Ja sagt zu Europa, muss sich für die

Vergemeinschaftung der Außenpolitik einsetzen. Die Herausforderungen der kommenden Zeit sind groß: Klimawandel und Ressourcenkonkurrenz treiben Menschen in die Flucht, unser ungerechtes Finanzsystem und der Kampf um Beteiligung an Wohlstand und politischen Entscheidungen führen zu Konflikten und Kriegen.

Wir Grüne sind gegen leichtfertige Militäreinsätze. Aber wir sehen, was von Europa und damit auch von Deutschland erwartet wird. Europa soll vor der Globalisierung schützen und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit bieten. Dazu gehört, dass wir mit der Instabilität in unserer Nachbarschaft umgehen – gerade wenn sie durch falsche Interventionen wie in Libyen ausgelöst wurde. Wer politisch links ist, wer das Primat der UN hochhält, der muss Verantwortung übernehmen. Einsätze im Rahmen der UN sind nur effektiv mit einem Dreiklang aus Sicherheit, Aufbau und Menschenrechten und zwar über einen langen Zeitraum – nicht nur, solange die öffentliche Aufmerksamkeit anhält. Aber vor allem müssen wir, statt immer weiter aufzurüsten und den Verteidigungsetat aufzublasen, Entwicklungszusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung und humanitäre Hilfe stärken. Wir müssen endlich unser Versprechen einlösen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung in die globale Entwicklung zu investieren. Das wäre eine zeitgemäße Investition in unsere Sicherheit. Doch am drängendsten ist als Reaktion auf den Trumpismus ein starkes und unwiderrufliches Bekenntnis zu Europa, mit seinem Vorzug der Demokratie gegenüber dem Markt, mit einer friedlichen Konfliktlösung, mit gleicher Teilhabe aller am Wohlstand und an politischen Entscheidungen. Eine solche Außenpolitik muss beweisen, dass ein gerechtes und soziales, ein friedliches Zusammenleben möglich ist und in einer Welt von Krisen und Kriegen Sicherheit schafft. Die Außenpolitik wird immer als größtes Hindernis für eine rot-rot-grüne Koalition gesehen. Doch gerade als Antwort auf den Trumpismus brauchen wir eine andere Außenpolitik in Europa. Nur wenn Rot-Grün-Rot dazu den Mut hat, wird es sie geben. 🌐

Jürgen Trittin

geb. 1954, MdB seit 1998, 1998–2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2009–2013 Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

juergen.trittin@bundestag.de

